

John Kannankulam

Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus

Zur Staatstheorie
von Nicos Poulantzas

VSA

John Kannankulam
Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus

John Kannankulam, Jahrgang 1972, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt a.M. und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Marburg. Kannankulam@soz.uni-frankfurt.de. Letzte Buchveröffentlichungen als Autor und Mitherausgeber: Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie (Hamburg 2006); Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx (Baden-Baden 2008).

John Kannankulam

Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus

Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.kannankulam.de

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-280-2

Inhalt

Einleitung	9
------------------	---

Teil 1

Das Konzept des autoritären Etatismus im Kontext materialistischer Staatstheorie

1. Der Verfall der Demokratie: Autoritärer Etatismus	19
1.1 Funktionswandel des Gesetzes, des Parlaments und der Parteien	21
1.2 Wandel des Gesetzes	22
1.3 Wandel der Parteien, der Exekutive und Verwaltung	25
1.4 Die herrschende Massenpartei	30
2. Nicos Poulantzas' Theorie des kapitalistischen Staates	34
3. Exkurs: Die formanalytische Begründung des Staates	36
3.1 Marx' Entdeckung der sozialen Form	38
3.2 Formanalyse und Staat	45
3.3 Zwischenfazit	51
3.4 Vermittlung des Poulantzas'schen Ansatzes mit der formanalytischen Bestimmung des Staates	57
4. Weiterer Gang der Poulantzas'schen Argumentation	63
4.1 Periodisierung (der verschiedenen Ebenen)	63
4.2 Staat und Ökonomie in der Krise des Fordismus	83
4.3 Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate als Determinante des Verhältnisses von Politik und Ökonomie	87
4.4 Zwischenfazit	99

Teil 2

Sozio-ökonomische Strukturveränderungen des Atlantischen Fordismus: Der Aufstieg des Neoliberalismus als »äußere Klammer« des Autoritären Etatismus

1. Die Finanzmarktliberalisierung als Triebfeder neoliberaler Globalisierung	107
1.1 Die Entstehung der Eurodollarmärkte	109
1.2 Beginn der neoliberalen Wende	113
1.3 Race to the bottom	117
1.4 Exkurs: Zur Systematik von liberalisierten Währungsmärkten ..	120
1.5 Aufbau einer internationalen Schuldenökonomie	122
1.6 Die internationale Schuldenkrise	128
1.7 Zwischenfazit	131
2. Die Internationalisierung der Produktion	133
2.1 Kurze Geschichte der multinationalen Unternehmen	133
2.2 Nachholende Entwicklung Westeuropas und Japans	136
2.3 Krise des Fordismus	138
2.4 Zum Zusammenhang zwischen Internationalisierung von Produktion und Finanzmärkten	140
2.5 Entwicklungen innerhalb der USA	141
2.6 Zwischenfazit	149

Teil 3

Nationalstaatlicher Wandel I.

Vom Fordismus bis zur Krise der 1970er Jahre: Großbritannien und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich hinsichtlich der Plausibilität des Autoritären Etatismus

1. Kleine Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik nach 1945	155
1.1 Vorbemerkung	155
1.2 Wiederaufbau nach 1945	156
1.3 Korea-Boom	162
1.4 Krise 1966/67	165
1.5 Exkurs: Rolle und Funktionswandel der Bundesbank und der bundesdeutschen Währungspolitik nach 1973	169
1.6 Arbeitskämpfe	171
1.7 1975: Paradigmenwechsel zur »Austerity-Politik«	175
1.8 Ende der keynesianischen Koalition	178
1.9 Zwischenfazit	183
1.10 Einschub: Elemente neokonservativer und neoliberaler Wohlfahrtsstaatskritik	185

2. Kleine Wirtschaftsgeschichte Großbritanniens nach 1945	194
2.1 Vorbemerkung	194
2.2 Entstehung des Postwar Settlement	195
2.3 Exkurs: Nationalisierung britischer Schlüsselindustrien	199
2.4 Risse im British Consensus	201
2.5 Modernization Frustrated 1964-1979	206
2.6 Winter of Discontent 1978/79	218
2.7 Kurzes Zwischenfazit	220
2.8 Der Aufstieg Margaret Thatchers	221
3. Theoretische Reflexion:	
Die Debatte um den Authoritarian Populism	228
3.1 Periodisierungsschema des Thatcherismus nach Jessop u.a. im Anschluss an Poulantzas	228
3.2 Poulantzas' Periodisierungsschema des Faschismus	229
3.3 Periodisierungsschema des Thatcherismus nach Jessop u.a.	235
3.4 Die Debatte um den Autoritären Populismus – Stuart Hall u.a.: Policing the crisis	237
3.5 Jessop u.a.: Kritik des Autoritären Populismus	249
3.6 Authoritarian Populism: Die Replik von Stuart Hall	254
3.7 Thatcherism and the Politics of Hegemony: Eine Antwort auf Stuart Hall	255
3.8 Zwischenfazit	260

Teil 4

Nationalstaatlicher Wandel II.

Von der Krise des Fordismus bis heute:

Großbritannien und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich

1. Die Regierungen Thatcher 1979-1990	267
1.1 1979-1982: Phase der Konsolidierung	267
1.2 1982-1987: Implementierung einer post-fordistischen Strategie ..	269
1.3 1987-1990: Radikaler Thatcherismus	275
2. Großbritannien unter New Labour	282
2.1 Wandel von »Old« zu »New« Labour	283
2.2 New Deal in der Arbeitsmarktpolitik unter New Labour	292
2.3 Rückblick: Arbeitsmarktpolitik unter den Tories	294
3. Konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates.	
Die BRD unter Helmut Kohl	298
3.1 Vorbemerkung	298
3.2 Die Regierungen Kohl: Wende in Kontinuität	299

3.3	Sozio-ökonomische Entwicklung bis 1989	302
3.4	Systematische Einordnung	307
3.5	Die deutsche Wiedervereinigung 1989/90	311
3.6	Umbau des Wohlfahrtsstaates 1990-1998	313
4.	Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Rot-Grün (1998-2002)	318
4.1	Aufstieg des Modernisierungsflügels in der SPD	318
4.2	Arbeitsmarktpolitik der »Neuen Mitte«	319
4.3	Zwischenfazit	323
	Schluss & Ausblick	327
	Siglenverzeichnis	337
	Literatur	337

Einleitung

Hartz IV und *New Deal for Welfare* sind aktuelle Schlüsselbegriffe, die für den deutlichen Um- und Abbau wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien stehen. Nach dem jahrelangen Lamento über den »aufgeblähten« Wohlfahrtsstaat und überzogenes Anspruchsdenken scheinen die beiden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmenkomplexe dem endgültig ein Ende zu bereiten: Der Wohlfahrtsstaat soll auf seine Kernaufgaben beschränkt werden und seine Leistungen sollen nur noch den »wirklich Hilfsbedürftigen« zugute kommen. Entsprechend scheint nun endlich die Realität zu werden, was konservative und neoliberale Kritiker des Wohlfahrtsstaates seit nunmehr Jahrzehnten fordern: Rückbau des Staates und gleichzeitig mehr Leistungs- bzw. Effizienzprinzip und mehr Markt.

Gleichwohl machen einen dabei mehrere Dinge stutzig: Zum einen waren bzw. sind es vor allem sozialdemokratische und nicht konservative oder »neoliberale« Parteien, unter denen diese z.T. sehr einschneidenden Um- bzw. Rückbaumaßnahmen des Wohlfahrtsstaates in beiden Ländern durchgesetzt wurden. Zum anderen stellt sich bei genauerem Hinsehen die Frage, worin denn nun der staatliche Rückbau besteht? Denn die mit diesen Maßnahmen einhergehenden bürokratischen Prozeduren und die damit verbundenen Kontrollen und Repressalien stellen zusammen mit den enormen Mitteln, die hierfür aufgewandt werden müssen, die dabei propagierten Effizienz- und Rückbaupostulate doch beträchtlich in Frage.

Es ist also zu vermuten, dass die Maßnahmen entweder ihren angedachten Zweck nicht erreichten oder aber, dass ihr Zweck ein anderer war als zunächst angegeben. Denn der Rückbau des Staates scheint sich vor allem auf diejenigen gesellschaftlichen Bereiche zu beziehen, die mit sozialer Sicherheit, Leistung und Wohlfahrt zusammenhängen, wohingegen diejenigen Bereiche, in denen der Staat kontrolliert und überwacht und bei Missachtung der Regeln auch zu Zwangsmaßnahmen und Repressalien bzw. Leistungsentzug greift, keinesfalls eingeschränkt werden – im Gegenteil.

Darüber hinaus fällt ein weiteres auf: die Art und Weise, wie diese Maßnahmen auch gegen beträchtliche Widerstände in der Gesellschaft durchgesetzt wurden. In der Bundesrepublik setzte die Regierung Schröder eine handverlesene und unabhängig vom parlamentarischen Gesetzgeber arbeitende Kommission unter der Leitung eines Autokonzernmanagers zur Vorbereitung des Gesetzgebungsverfahrens ein und in Großbritannien enttäuschte der Flügel um Tony Blair Hoffnungen und Erwartungen innerhalb der Labour

Partei, dass die unter Margaret Thatcher und John Major eingeleiteten *Workfare*-Maßnahmen wieder rückgängig gemacht würden. Gleichzeitig wurde die Koordinierung und Durchführung dieser Maßnahmen New Labours in Großbritannien dem Finanzministerium unter Schatzkanzler Gordon Brown unterstellt und in der Bundesrepublik kam es zur Zusammenlegung des Arbeitsministeriums mit dem Wirtschaftsministerium unter Wolfgang Clement, dessen »Superministerium« fortan bis zu den vorzeitigen Neuwahlen im September 2005 die Leitung dieser »Reformschritte« innehatte. Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage nach möglichen strukturellen und die einzelnen Länder übergreifenden Gründen für diese offensichtlich parallelen Entwicklungen: Wieso kommt es sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik zu diesen Entwicklungen?

Eine mögliche Antwort auf die aufgeworfene Frage und die damit beschriebenen staatlichen Umbaumaßnahmen verspricht ein mittlerweile etwas in die Jahre gekommener staatstheoretischer Ansatz aus den 1970er Jahren, der derzeit eine Renaissance erlebt: die Arbeiten von Nicos Poulantzas (vgl. Demirović 2007; Brand/Görg/Wissen 2007; Buckel 2007; Wissel 2007; Brettbauer et al. 2006; Hirsch/Jessop/Poulantzas 2001; Panitch 2000; und grundlegend: Jessop 1985).

Erfolgversprechend scheint dabei insbesondere Poulantzas' Konzept des autoritären Etatismus zu sein. Ging es ihm doch darum, zu zeigen, wie sich in der Krise des fordistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaates die Konfiguration der staatlichen Apparate entscheidend wandelte und dies zentrale Fragen staatlicher Legitimität aufwarf, wie sie heute angesichts der erneuten Krise des Wohlfahrtsstaates wieder auf der Tagesordnung stehen.

Der autoritäre Etatismus, den Poulantzas als neue Staatsform Ende der 1970er Jahre heraufkommen sah, war vor allem gekennzeichnet durch eine Machtverschiebung weg von der parlamentarischen Legislative hin zur Exekutive, bei der sich die Macht gewissermaßen konzentriert, und die einhergeht mit einer Verschiebung und Verselbständigung der Dominanzen innerhalb des staatsapparativen Gefüges insgesamt, einem Funktionsverlust der politischen Parteien als zentraler Organe der Herstellung gesellschaftlicher Hegemonie und einer zunehmenden Verlagerung dieser Vermittlungsrolle hin zu parallel operierenden Machtnetzen, die die offiziellen und formalen Wege und Kanäle umgehen und sich zusehends ausweiten.

Die hier vorliegende Frage ist also, ob Poulantzas' Konzept des autoritären Etatismus geeignet ist, aktuelle staatliche Transformationsprozesse zu erklären. Und darüber hinaus stellt sich die Frage, wo und wie dieses Konzept ggf. aktualisiert und erweitert werden muss, um es für aktuelle Analysen in Anschlag bringen zu können.

Um diese Fragen zu beantworten, sind einige grundsätzlichere Klärungen notwendig: Zunächst einmal scheint es mir in erster Linie nötig, der Frage nachzugehen, ob Poulantzas' Analysen für die Zeit, in der er schrieb, die Plausibilität haben, die sie beanspruchen. Entsprechend muss der sozio-ökonomische Kontext rekonstruiert und, da Poulantzas' Arbeiten *klassentheoretisch* argumentieren, der Frage nachgegangen werden, welche klassenfraktionellen Veränderungen und Verschiebungen mit dem von ihm als neue Staatsform identifizierten autoritären Etatismus in Zusammenhang stehen. Denn, um die wohl bekannteste Formulierung Poulantzas' zu gebrauchen: Wenn der Staat die materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse darstellt, müssen sich auch die maßgeblichen Kräftekonstellationen »hinter« dieser neuen Staatsform identifizieren lassen.

Insofern geht es mir darum, im Lichte der Poulantzas'schen Aussagen eine *Rekonstruktion der Kräfteverhältnisse* in jener Zeit zu leisten, in der Poulantzas den autoritären Etatismus heraufziehen sieht.

Diese Rekonstruktion der Kräfteverhältnisse nehme ich entlang zweier Achsen vor: Zum einen (Teil 2) entlang der Achse der von den USA ausgehenden Liberalisierung der Finanzmärkte in ihrem Zusammenhang mit der Internationalisierung der Produktion seit den 1950er Jahren. Die These hierbei ist, dass mit diesen Liberalisierungs- und Internationalisierungsprozessen die fordistischen Wohlfahrtsnationalstaaten zusehends in Handlungszwänge gerieten, die die Beibehaltung nationalstaatlich-keynesianischer Kompromissstrukturen unterminierten. Entsprechend dieser Analyse waren es vor allem die an der Liberalisierung und Internationalisierung interessierten Klassenfraktionen, die sich darüber hinaus an den neue Prominenz erlangenden Monetarismus als ökonomische Doktrin banden, die maßgeblich zur Krise der fordistischen Nationalstaaten beitrugen. Die Darlegungen entlang dieser Achse leisten etwas, das bei Poulantzas – wohl zeithistorisch bedingt – merkwürdig unterbelichtet ist. Nichtsdestoweniger scheint mir diese Achse doch konstitutiv für eine hinlängliche Rekonstruktion der Kräfteverhältnisse und darauf aufbauend der Frage nach der aktuellen Relevanz der Poulantzas'schen Thesen.

Die zweite Achse (Teil 3 & 4) ist die der Nationalstaaten selbst, und hierbei erschien es mir ratsam, in vergleichender Perspektive vorzugehen. Die untersuchten Staaten sind die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Dieser Vergleich bietet sich an, da, wie eingangs kurz skizziert, sich in beiden Ländern trotz doch fundamental unterschiedlicher gesellschaftlicher und historischer Voraussetzungen ähnliche wohlfahrtsstaatliche Veränderungsprozesse vollzogen. Die Auswahl dieser beiden Länder bot sich auch deshalb an, weil hier Arbeiten und Diskussionen hinsichtlich der Poulantzas'schen

Staatstheorie vorlagen, auf die zurückgegriffen werden konnte. Und schließlich schien es mir wichtig, zwei andere Fallbeispiele als das des französischen Staates zu nehmen, da nur dann die allgemeine Plausibilität des Konzepts des autoritären Etatismus überprüft werden kann, wenn sich die diesen kennzeichnenden Merkmale auch in anderen Staaten wiederfinden als in demjenigen, auf den sich die Argumentation von Poulantzas im Wesentlichen stützt. Es geht mir im Vergleich zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien also darum, ob sich die von Poulantzas identifizierten Krisenphänomene auch dort wiederfinden lassen und ob sich herausarbeiten lässt, welches die maßgeblichen Kräfte waren, die hinter diesen Prozessen stehen.

Die zentralen Kräfte waren, um das vorwegzunehmen, neben den an die Liberalisierung der Finanzmärkte und die Internationalisierung der Produktion gekoppelten Kapitalfraktionen auch die zunehmend militanten ArbeiterInnen, die sich infolge der auch mit der Liberalisierung verbundenen ökonomischen Krise und fehlgeschlagener Versuche staatlich-antizyklischer ökonomischer Steuerung nicht mehr in den fordistischen Kompromiss einbinden ließen und somit in der Verfolgung ihrer Klasseninteressen dazu beitrugen, den fordistischen Staat »in die Krise zu treiben«.

Vor dieser Situation, die nach meiner Lesart die Konstellation ist, aus der das Aufkommen des autoritären Etatismus sich begründet, formierte sich zusehends offene Kritik von rechts. Insbesondere neo-konservative wie auch neo-liberale Kritiken, die sich in ihrer Krisenanalyse in erstaunlicher Weise mit derjenigen von Poulantzas decken, wurden immer unüberhörbarer, und angesichts der immer offensichtlicheren »Unfähigkeit« der fordistischen Staaten, die Krisenprozesse zu bewältigen, kamen sowohl in Großbritannien als auch in der BRD konservativ-neoliberale Regierungen an die Macht.

Die Frage, die sich vor diesem Hintergrund stellt, ist, ob damit auch der autoritäre Etatismus als »neue Staatsform« zu einem Ende gekommen war. Denn die konservativen Regierungen traten ja mit genau dem Ziel und Versprechen an, die mit den fordistisch-sozialdemokratischen Staaten verbundenen Krisenphänomene: »zu viel Staat«, zu viele Konzessionen gegenüber den Arbeitnehmerorganisationen und »zu wenig Markt«, grundlegend anzugehen.

Sollte der hierbei propagierte »roll back« des Staates wirklich in die Tat umgesetzt worden sein, wäre ein zentrales Element der Poulantzas'schen Thesen hinfällig; ging dieser doch davon aus, dass es infolge der ökonomischen Krisenprozesse zu einem autoritär-etatistischen Ausbau des Staates kommen und sich dadurch die Krise verstärken würde.

Es ist also die Frage, ob der autoritäre Etatismus lediglich ein Phänomen des späten, in die Krise gekommenen Fordismus darstellt und insofern für eine Analyse des postfordistischen Kapitalismus nicht mehr brauchbar ist.

Entsprechend ist es notwendig (Teil 4), die konservativen Transformationsversuche der 1980er und 1990er Jahre zu untersuchen und dahingehend zu hinterfragen, ob es tatsächlich zu einem »Rückbau« des Staates gekommen ist oder ob nicht vielmehr zentrale Elemente des autoritären Etatismus – Ausbau und relative Verselbstständigung der Exekutive, Ausbau der repressiven Staatsapparate, zunehmende Staatseingriffe, die letztlich die Legitimität des Staates untergraben etc. – auch für die konservativen Regime von Relevanz sind.

Im Anschluss daran stellt sich die Frage, wie die sozialdemokratischen Regierungen, die in beiden Ländern wieder an die Macht kamen, mit den überkommenen und »liegeengebliebenen« Maßnahmen umgehen würden. Wurden die konservativ autoritär-etatistisch durchgesetzten Maßnahmen wieder zurückgedrängt? Und kam es zu einer grundsätzlichen Kehrtwende gegen den autoritär-etatistischen Neoliberalismus? War nun also der autoritäre Etatismus als zentraler Politikmodus endlich und endgültig an sein Ende gekommen?

Bevor ich auf der Grundlage einer historischen Rekonstruktion der Kräftekonstellationen der Frage nachgehe, wie und ob sich diese Thesen angesichts der konservativen Transformationsansinnen sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre aufrechterhalten lassen bzw. wie sie für aktuelle Analysen weiterentwickelt werden müssen, muss die theoretische Argumentation des autoritären Etatismus in ihrem weiteren staatstheoretischen Zusammenhang entfaltet werden (Teil 1). Für die Darlegung und Interpretation dieses bisweilen sehr abstrakten und schwer verständlichen theoretischen Ansatzes scheint mir jedoch eines unabdingbar: Die bei Poulantzas nicht geleistete Beantwortung der Frage, wie sich die Existenz des bürgerlichen Staates – und seine »relative Autonomie« – denn systematisch begründen lässt. Denn statt dies zu leisten, setzt Poulantzas den bürgerlichen Staat und dessen relative Autonomie voraus und geht der Frage nach, wie dieser Staat zu den gesellschaftlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen angemessen in ein Verhältnis zu setzen ist. Und ohne eine solche Begründung erscheinen mir grundlegende strukturelle Beschränktheiten staatlichen Handelns, die insofern den gesellschaftlichen Verhältnissen in gewisser Weise »vorgängig« sind, nicht genügend in den Blick genommen.

Die Beantwortung der Frage einer systematischen Begründung des bürgerlichen Staates beschäftigte in etwa zur gleichen Zeit eine ganze Reihe marxistischer WissenschaftlerInnen in Westdeutschland, die sich »mit deutscher Gründlichkeit« damit auseinandersetzten, wie der bürgerliche Staat sich aus den Strukturprinzipien kapitalistischer Produktions- und Vergesellschaft-

tungsverhältnisse »ableiten« lässt. Allerdings war es mit diesem Ansatz aufgrund seiner Abstraktheit schwerlich möglich, konkrete Transformationen des Staates zu untersuchen.

Kurzum: Beide Theorietraditionen leisteten für sich jeweils etwas, das der anderen Seite »fehlte«. Die Frage ist nur, wie und ob sich diese beiden Denkschulen, die zwar beide auf der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie fußten, dabei aber teilweise entgegengesetzte (epistemologische) Positionen einnahmen, miteinander verbinden lassen. Wie lässt sich die in einer Hegel'schen Tradition argumentierende westdeutsche Staatsableitung mit einer »strukturalen« gegen die Hegel'sche Tradition gerichteten Argumentation zusammenbringen?

Aus all dem lassen sich kurz zusammengefasst drei zentrale Fragen bestimmen, denen ich in der vorliegenden Arbeit nachgehen will:

1) Wie lässt sich die mangelnde theoretische Fundierung des Staates und seiner relativen Autonomie bei Poulantzas mit der Analyse sozialer Formen zusammenbringen?

2) Sind Poulantzas' Thesen zum autoritären Etatismus als neuer Staatsform in der Krise der 1970er Jahre angesichts der historischen Entwicklungen plausibel, und welches sind die maßgeblichen Kräfte(verhältnisse) »hinter« diesen Prozessen?

3) Wie müssen angesichts der konservativen Transformationsversuche ab den 1980er Jahren die Poulantzas'schen Thesen bewertet und ggf. weiterentwickelt werden?

Danksagung

Bevor ich mich im Folgenden der Beantwortung dieser Fragen widmen will, ist zunächst noch einer mir sehr angenehmen Pflicht nachzukommen und den Menschen zu danken, die mich in vielfältiger Weise bei der Erstellung dieser Arbeit unterstützt haben. Mein Dank gilt vor allem meinem staatsrechtlichen Diskussions- und Arbeitszusammenhang, der als »Hegel-AG« begann und dann über viele Jahre kontinuierlich meinen Weg begleitete und nach wie vor begleitet: Stephan Adolphs, Sonja Buckel und Jens Wissel. Dank für wertvolle Diskussionen, Anregungen oder einfach ein offenes Ohr gilt: Charly Außerhalb, Leo Bieling, Alex Demirović, Michael Elm, Eva Hartmann, Daniel Keil, Marc Thomas Kunz, Oliver Lieven, Julia Meyer, Iris d'Orville, Martina Sproll, Stefanie Wöhl, den vielen Studierenden in meinen Seminaren sowie den Mitgliedern der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG), denen ich meine Ergebnisse präsentieren konnte. Mein besonderer Dank gilt auch dem Internationalen Promotionszentrum Gesellschaftswissenschaften, und hierbei besonders Helmut Brentel und Tilla Siegel, das mir

meinen Forschungsaufenthalt an der Universität von Lancaster bei meinem Zweitgutachter Bob Jessop durch dessen Unterstützung ermöglichte. Bob Jessop möchte ich vor allem dafür danken, dass er während meines Aufenthalts die State Theory Reading Group ins Leben rief, wo ich einige theoretische Probleme klären konnte. Während meines Aufenthalts in Lancaster lernte ich auch zwei meiner späteren Herausgeberkollegen von *Poulantzas lesen* kennen, Lars Bretthauer und Alexander Gallas, die mir zusammen mit Ingo Stützle während der Fertigstellung des Dissertationsmanuskripts trotz des sich potenzierenden Stresses bei der Herausgeberarbeit den Rücken frei gehalten und sich auch sonst als Freunde und Genossen erwiesen haben, mit denen mich mehr als nur der akademische Zusammenhang verbindet. Alexander Gallas gebührt ein besonderes Dankeschön dafür, dass er das gesamte Manuskript mit unglaublicher Akribie gelesen und mich vor einigen Lapsi bewahrt hat. Und Oliver Schupp danke ich für die professionelle Hilfe beim Layouten des Dissertationsmanuskripts. Mein Dank gilt auch den Mitgliedern der Prüfungskommission, von denen ich nicht nur während meines Studiums und der z.T. gemeinsamen Seminare viel gelernt habe, sondern die mir eine faire und ungemein anregende Disputation ermöglichten: Lothar Brock, Josef Esser, Joachim Hirsch, Christine Resch und Tilla Siegel.

Eine Arbeit, wie sie hier vorliegt, wird glücklicherweise nicht nur in einem akademischen Umfeld erstellt. Mein Dank gilt von daher all den Leuten, die mich immer wieder daran erinnerten, dass es noch ein überaus lebenswertes Leben außerhalb der Alma Mater gibt und auch sonst mit Rat und Tat zur Verfügung standen: Hartmut Göbel, Ulle Jäger, Jerry Kogan, Christian Sälzer, meiner Schwester Annamma Scharf, Florian Scharf, Lea und Sarah, Stefan Schöffel, Birgit Schulze, Jean und Ben, meinen unterstützenden MitbewohnerInnen Alek Ommert und Dietmar Flucke, Benny Weber, meinem Chor und vor allem meiner Band Ska Trek, mit der mich über die vielen Jahre mehr als nur das gemeinsame Musizieren und die Liebe zu jamaikanischer Musik verbindet, wie ich in der Stressphase am Ende der Arbeit erleben durfte.

Mein Dank gilt auch dem VSA-Verlag und dabei vor allem Christoph Lieber, der – was heutzutage nicht mehr üblich ist – das gesamte Manuskript noch einmal lektoriert hat und sich auch sonst als große und geduldige Unterstützung erwiesen hat. Abschließend möchte ich meinen besonderen Dank meiner langjährigen Partnerin Klaudia Weber aussprechen, die mich durch alle Höhen und Tiefen geduldig und liebevoll begleitet hat; mein besonderer Dank gilt auch Peter Lege, der wie selbstverständlich das Dissertationsmanuskript innerhalb einer Woche korrekturgelesen hat. Und mein Dank gebührt meinem langjährigen akademischen Lehrer und Erstgutachter Joachim Hirsch, von dem ich nicht nur Akademisches lernen durfte. Allen Dreien sei

an dieser Stelle angesichts ihrer vielfältigen Unterstützung während der ärgsten Krisenphasen gesagt: Wahre Freunde erkennt man in der Not!

Widmen möchte ich diese Arbeit meiner Mutter, ohne deren langjährige Unterstützung ich den Weg, den ich gegangen bin, so nicht hätte gehen können.

Und wie immer gilt: Für alle verbliebenen Fehler bin selbstverständlich ich alleine verantwortlich.

Frankfurt am Main im April 2008
John Kannankulam

Schluss & Ausblick

Wo stehen wir nun, was bleibt vom autoritären Etatismus? Und konnten die eingangs aufgeworfenen Fragen nach

1) der staatstheoretischen Fundierung und Vermittelbarkeit der Poulantzas'schen Argumentation mit der Analyse *sozialer Formen*,

2) der historischen Plausibilität des autoritären Etatismus und den maßgeblichen Kräften »dahinter«, sowie

3) den Konsequenzen für dieses Konzept seit den Umbrüchen der 1980er Jahre beantwortet werden?

Wie ich zeigen konnte, ist die theoretische Vermittlung des Ansatzes von Poulantzas mit demjenigen der Analyse *sozialer Formen* durchaus möglich. Auch wenn Poulantzas aus einer anderen Theorietradition heraus argumentierte, lassen sich formanalytische Begründungen des Staates in seinen Ansatz integrieren, ohne dabei eklektizistisch vorgehen zu müssen. Insofern stellt die Theorie von Poulantzas die Möglichkeit dar, auf der Höhe der Marx'schen Formanalyse aufbauend diese doch sehr abstrakte Argumentation mit der Frage der gesellschaftlichen Kämpfe und Institutionalisierungsprozesse zusammenbringen zu können. Kurz auf den Punkt gebracht: Mit Poulantzas' Ansatz ließen sich die theoretischen Sackgassen der »Staatsableitungsdebatte« überwinden, ohne dabei zwei epistemologisch differierende Theorietraditionen unzulässigerweise miteinander zu vermengen.

Darüber hinaus konnte ich mit Hilfe der Formanalyse zentrale Probleme innerhalb der Poulantzas'schen Argumentationen lösen, wie z.B. den von Bob Jessop monierten ungeklärten Status und die mangelnde Begründung der relativen Autonomie des Staates. Anstatt wie Jessop es vorschlägt, das Konzept der relativen Autonomie fallen zu lassen, konnte ich zeigen, dass die These der relativen Autonomie bei Poulantzas ebenso wie die theoretische *Begründung* des bürgerlichen Staates zwar tatsächlich unzureichend ist, dies mit Hilfe formanalytischer Argumentationen sich aber »beheben« lässt. Mit Hilfe formanalytischer Argumente gelang es auch, dem ebenfalls ungeklärten Status der Hegemonieproblematik bei Poulantzas zu begegnen, was zusammen besehen noch einmal darauf hinweist, dass es innerhalb der Argumentation des griechisch-französischen Theoretikers grundlegend an formanalytischen Theoremen *mangelt*.

Weiterhin konnte demonstriert werden, dass Poulantzas' Thesen für die historische Phase, aus der sie argumentieren, durchaus die Plausibilität zukommt, die sie beanspruchen. Im Vergleich zwischen den Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien ließen sich auch für

diese beiden Länder zentrale Elemente des autoritären Etatismus identifizieren, die eingangs dargelegt wurden. In beiden Fällen kam es zu einer Machtverschiebung weg von der (parlamentarischen) Legislative hin zur Exekutive, bei der sich die Macht gewissermaßen konzentriert und die einhergeht mit einer Verschiebung (und Verselbständigung) der Dominanzen innerhalb des staatsapparativen Gefüges insgesamt. Und in beiden Ländern ließ sich ein Funktionsverlust der politischen Parteien als zentraler Organe der Herstellung gesellschaftlicher Hegemonie und als Vermittlungsglieder des politischen Dialogs zwischen Verwaltung, Regierung und Wahlvolk feststellen, der einherging mit einer zunehmenden Verlagerung dieser Vermittlung hin zu parallel operierenden Machtnetzen, die die offiziellen und formalen Wege und Kanäle umgehen und sich zusehends ausweiten. Und es kam zu der von Poulantzas beschriebenen Zuspitzung und Ausweitung der Krisenphänomene infolge der widersprüchlichen Tendenzen zwischen exekutiven Kriseneingriffen und korporatistisch-etatistischen Einbindungsversuchen, die im Endeffekt dazu führten, dass das instabile Kompromissgleichgewicht des fordistischen Staates nicht aufrechterhalten werden konnte.

Hinsichtlich der Frage, welche Konsequenzen diese Analyse der eher konjunkturellen Argumente von Poulantzas für formanalytische Theoreme hat, konnte gezeigt werden, dass die Formbestimmung der relativen Autonomie oder Besonderung des bürgerlichen Staates sich tatsächlich nur durch die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hindurch reproduziert und gleichzeitig latent prekär ist. Entsprechend der hier vertretenen These, dass es für eine genauere Analyse der Formbestimmung des Politischen notwendig ist, zwischen Form, Institutionen und Kämpfen zu unterscheiden, und es bei Poulantzas letztlich unklar bleibt, welchen Regeln und Prinzipien diese institutionellen Verdichtungsprozesse folgen, ist ein Ergebnis, dass die institutionelle Konfiguration des autoritären Etatismus zwar die Formbestimmung des Staates in Frage zu stellen drohte, die dahinterstehenden Auseinandersetzungen letztlich aber nicht in einer derartigen Intensität geführt wurden, dass die Formzwänge durchbrochen wurden (was neben einer emanzipativen allerdings auch die Möglichkeit einer ausnahmestaatlichen Lösung hätte bedeuten können).

Mit Poulantzas konnte gezeigt werden, dass die materielle Verdichtung der gesellschaftlichen Konflikte im autoritären Etatismus zu dem paradoxen Ergebnis führte, dass einerseits zwar die Exekutive gestärkt wurde, dies aber andererseits nicht wirklich zu einem »Autonomiegewinn« staatlicher Politik führte. Im Gegenteil: Der kurzfristige Autonomiegewinn erwies sich auf mittlere und lange Sicht als autonomiegefährdend, was nichts anderes bedeutet, als dass die zentrale Formbestimmung der Besonderung oder relativen Autono-

mie des bürgerlichen Staates durch die Krisenprozesse und Auseinandersetzungen tangiert und – für die BRD und Großbritannien mit je unterschiedlicher »Dramatik« – zumindest latent prekär wurde. Gleichzeitig erwies sich bei aller Prekarität und Krisenhaftigkeit die politische Form doch als enorm »flexibel« und »resistent« gegenüber den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Denn solange diese Auseinandersetzungen nicht die grundlegenden, die Verdichtungsprozesse »strukturierenden« Formbestimmungen, wie zum Beispiel die Distanz zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, durchbrachen und sie somit »innerhalb« der Form verblieben, stellte die politische Form tatsächlich den *Modus der Prozessierung* dieser Widersprüche dar.

Wenn sich somit Poulantzas' Thesen zwar einerseits als sehr weitsichtig erwiesen, wurde andererseits die Hoffnung, dass sich infolge dieser Krise die Chance für die Errichtung eines demokratischen Sozialismus ergeben könnte, nicht erfüllt.

Was stattdessen geschah, war der Aufstieg des Neoliberalismus und der Neuen Rechten. Auch wenn der Umbruch innerhalb der imperialistischen Kette des atlantischen Fordismus, ausgehend von den USA, die strukturelle Matrix der Herausbildung der Poulantzas'schen Thesen zum autoritären Etatismus darstellte, weist die Argumentation an dieser Stelle doch eine gravierende Lücke auf. Poulantzas' Analyse mangelt es an einer hinreichenden Berücksichtigung der aus den Rivalitäten zwischen Großbritannien und den USA in Gang gesetzten erneuten Liberalisierungsprozesse der Weltfinanzmärkte und des Zusammenbruchs des Bretton Woods-Systems der fixen Wechselkurse. Die damit verbundenen Auseinandersetzungen stellen jedoch m.E. die entscheidende »äußere Klammer« der Entstehung des autoritären Etatismus und seiner Weiterentwicklung dar. Zeithistorisch befangen konnte Poulantzas sich offensichtlich nicht vorstellen, dass es in diesem Zusammenhang zu besagtem Aufstieg des Neoliberalismus kommen würde.

Eines der zentralen Anliegen der vorliegenden Arbeit, nämlich das diesbezügliche klassenanalytische und finanzökonomische Defizit innerhalb der Poulantzas'schen Argumentation zu »beheben«, konnte somit geleistet werden. Die Analyse dieser finanzökonomischen und klassenfraktionellen Umbrüche, die sich mit Poulantzas' Konzept der inneren Bourgeoisie prinzipiell erfassen lassen, ist auch deshalb notwendig, weil diese Umbrüche angesichts des mit ihnen verbundenen ökonomischen Paradigmenwechsels innerhalb des atlantischen Fordismus zu weiterreichenden Veränderungen führten, als dies im Konzept des autoritären Etatismus angelegt war.

Die Frage, die sich angesichts dieser Umbrüche allerdings stellte, war, ob damit auch der autoritäre Etatismus zu einem Ende gekommen ist. Denn die seit Ende der 1970er Jahre an die Macht gekommenen konservativ-neolibe-

ralen Regierungen traten ja mit dem Ziel und Versprechen an, die mit den fordistisch-sozialdemokratischen Staaten verbundenen Krisenphänomene: »zu viel Staat«, zu viele Konzessionen gegenüber den Arbeitnehmerorganisationen und »zu wenig Markt«, grundlegend anzugehen. War also der autoritäre Etatismus lediglich ein Phänomen des späten, in die Krise gekommenen Fordismus, und ist das theoretische Konzept insofern als eine Analyse des postfordistischen Kapitalismus nicht mehr brauchbar?

Um dieser Frage nachzugehen, war es notwendig, die konservativen Transformationsversuche der 1980er und 1990er Jahre zu untersuchen und dahingehend zu hinterfragen, ob es tatsächlich zu einem »Rückbau« des Staates gekommen ist oder ob nicht vielmehr zentrale Elemente des autoritären Etatismus auch für die neoliberal-konservativen Regime von Relevanz sind.

Dabei wurde zweierlei deutlich: Zum einen gelang es den konservativen Regimes tatsächlich, zentrale Stützen des fordistischen Staates zu schleifen. Betroffen waren vor allem die »konsensorientierten« korporatistischen Arrangements, in denen die ArbeitnehmerInnen-Interessen berücksichtigt werden mussten, als auch sozial- und arbeitsmarktpolitische Elemente des fordistischen Wohlfahrtsstaates. Die Art und Weise, wie dies durchgesetzt wurde, erfolgte auch hier in der von Poulantzas identifizierten Form: in Prozessen der relativen Verselbständigung der Exekutive bei gleichzeitigem Ausbau der repressiven Staatsapparate und zunehmenden Staatseingriffen vor allem gegen »missliebige Oppositionszentren«, zusammen mit einer rechtspopulistischen Anrufung der Nation. Weil sich diese Aspekte des autoritären Etatismus als kompatibel mit den konservativ-neoliberalen Transformationsprojekten erwiesen, kommt, wie ich zeigen konnte, den zentralen Elementen der Poulantzas'schen Argumentation auch für jene Phase Plausibilität zu. Insbesondere die infolge des autoritären Etatismus vollzogene Verschiebung und Verselbständigung der Dominanzen des staatsapparativen Gefüges, die zunehmend zentrale Stellung der Finanz- und Wirtschaftsministerien und der Zentralbanken, erwiesen sich als ausgesprochen nützlich für die neoliberalen Umstrukturierungsversuche seit den späten 1970er Jahren bis heute. Der dabei von Stephen Gill so bezeichnete *New Constitutionalism*, der sich im Zuge der Krisen seit den 1970er und 1980er Jahren im Anschluss an den Washington Consensus etablierte und verfestigte, bildet vor diesem Hintergrund einen zentralen Bestandteil des neuen neoliberalen autoritären Etatismus.

Zum anderen ging es den konservativ-neoliberalen Transformationsprojekten der 1980er Jahre auch nicht darum, den Staat wirklich in Gänze (wieder) zurückzubauen. Entsprechend dem Diktum Andrew Gambles ging es vielmehr darum, einen *Strong State* zu etablieren, der die propagierte *Free Economy* durchsetzen sollte. Was dabei allerdings deutlich wurde, war, dass

in der Poulantzas'schen Argumentation gewisse strukturelle Defizite beinhaltet waren, mit denen der Aufstieg und die lange Dauer dieser Regime sich nicht erklären ließen.

Neben den von Hall und Kollegen identifizierten Defiziten des Poulantzas'schen Konzepts hinsichtlich der Berücksichtigung ideologisch-populistischer Strategien und Momente, mit denen es der Neuen Rechten vor allem mit Hilfe der Massenmedien gelang, auch Teile der subalternen Klassen in einen autoritären Konsens einzubinden, erwies sich das Poulantzas'sche Krisenschema als zu »grob«, wie Jessop u.a. herausarbeiteten.

Vor diesem Hintergrund konnte ich zeigen, dass die von konservativ-neoliberaler Seite vorangetriebenen autoritär-etatistischen Transformationsversuche an der Widerständigkeit der fordistischen Institutionen und Kompromissstrukturen vielfach abprallten. Wenn auch für die BRD und Großbritannien mit unterschiedlichem Gewicht, erwiesen sich zentrale Stützpfeiler als »transformationsresistent« und gemessen an den eigenen Ansprüchen gelang es den konservativen Regierungen nicht, den Staat effektiv zurückzubauen und die strukturellen (ökonomischen) Krisenphänomene zu beheben. Auch hier bewahrheitete sich die Poulantzas'sche These, dass die zunehmenden exekutiv-dirigistischen Staatseingriffe latent die Legitimitätsbasis dieser Eingriffe zu unterminieren drohen. Die Verselbständigung und Abkoppelung dieser Prozesse vom demokratischen Entscheidungsverfahren bei gleichzeitig »ökonomischem Misserfolg« führten zu »Erschöpfungserscheinungen« dieser Regime, die schließlich Ende der 1990er Jahre abgewählt wurden.

Entsprechend stellte sich die Frage, wie die sozialdemokratischen Regierungen, die in beiden Ländern wieder an die Macht kamen, mit den überkommenen und »liegendebliebenen« Maßnahmen umgehen würden. Die Frage war also, ob die konservativ autoritär-etatistisch durchgesetzten Maßnahmen wieder zurückgedrängt wurden, und ob es zu einer grundsätzlichen Kehrtwende gegen den autoritär-etatistischen Neoliberalismus kam.

Wie ich zeigen konnte, war das nicht der Fall, was noch einmal mehr darauf hinweist, dass die Poulantzas'sche »Formationsbeschreibung« über die Zeit der 1970er Jahre hinausweist. Der autoritäre Etatismus und dessen Kernelemente waren kein bloß der Krise des fordistischen Kapitalismus angehöriges konjunkturelles Phänomen, sondern sind Kernbestandteil des postfordistischen, neoliberalen Kapitalismus.

Es war daher auch kein Wunder, dass diejenigen Fraktionen innerhalb der Sozialdemokratie, sowohl in Großbritannien als auch in der BRD, die dieser Formation den Kampf angesagt hatten, sich nicht durchsetzen konnten. In Anbetracht des global durchgesetzten *Neuen Konstitutionalismus* muss-

ten sich auch diese Parteien neu formieren und »modernisieren«. Oder anders betrachtet, waren die diesbezüglichen Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Parteien Ausdruck des deutlichen Wandels der gesellschaftlichen (und innerparteilichen) Kräfteverhältnisse unter der Dominanz des neoliberalen autoritären Etatismus.

Entsprechend führten die »Modernisierungsflügel« innerhalb der Neuen Mitte und von New Labour die Schritte zu Ende, die bei den Konservativen liegen geblieben waren, wie ich exemplarisch am Wandel vom Welfare- zum Workfare-Regime zeigen konnte. Die Art und Weise, wie sich dieser Flügel innerhalb der Sozialdemokratie und auch innergesellschaftlich durchsetzte, bestätigte erneut die von mir hier vertretene These der Brauchbarkeit und Aktualität des Poulantzas'schen Konzepts aus den 1970er Jahren.

Dass der autoritäre Etatismus auch im Neoliberalismus nicht zu einem Ende gekommen ist, wird noch in einem anderen Aspekt deutlich, nämlich wenn man sich aktuelle Debatten zu Demokratie und neuere staatsrechtliche Konzeptionen ansieht, denen ich mich abschließend noch kurz zuwenden möchte. In diesen Debatten wird zunächst einmal generell ein »Zuwachs der Staatsaufgaben einerseits und eine (...) durch interne Fraktionierung abnehmende Steuerungsfähigkeit des politischen Systems und Steuerbarkeit gesellschaftlicher Subsysteme andererseits« konstatiert (Schmalz-Bruns 1995: 28). Dies – so könnte man die Debatte weiter paraphrasieren – hat Auswirkungen auf die bestehenden Demokratien insofern, als dass zum einen die vom Staat zu lösenden gesellschaftlichen Probleme immer unübersichtlicher werden, was zum anderen den Demos in seiner Präferenzbildung und Wahlentscheidung zu überfordern droht.

Die Bandbreite der »Lösungsvorschläge« zur Behebung dieses Missstandes, der sich auch und vor allem in den Globalisierungsprozessen begründet, ist kaum noch zu überschauen. Pickt man sich jedoch zum Beispiel die Argumentation von Fritz W. Scharpf heraus – der darauf hinweist, dass Demokratie vor diesem Hintergrund nicht nur hinsichtlich ihrer *Input*-Seite zu betrachten ist, also danach, wer wie am Zustandekommen gesellschaftlicher Entscheidungen beteiligt ist (Herrschaft durch das Volk), sondern dass Demokratie eben auch hinsichtlich ihrer *Output*-Seite zu betrachten ist, der »Herrschaft für das Volk« –, so findet sich im Anschluss an diese Unterscheidung die Feststellung, dass diejenigen politischen Systeme, die stärker *Output*-orientiert sind, in denen die Macht also konzentrierter ist, »handlungsfähiger und damit jedenfalls dann potentiell problemlösungsfähiger [sind], wenn eine gemeinwohlorientierte Politik die Abkehr vom Status quo erfordert, während machverteilende Systeme gerade damit besondere Schwierigkeiten haben« (Scharpf 2004).

In dieser zunächst einmal nur konstatierenden Aussage steckt bei näherem Hinsehen jedoch mehr als eine bloße Feststellung. Denn auch wenn damit die Form »der Neo-Arkanpolitik, die gegenwärtig in den diversen Ausschüssen, Konsensrunden und Regierungskommissionen praktiziert wird« (Lösch 2004: 187), keine hinlängliche demokratische Legitimation beanspruchen kann, ist sie vor dem Hintergrund der Scharpf'schen Unterscheidung doch zumindest vom Ergebnis her zu rechtfertigen. Insofern verwundert es nicht, wenn z.B. für Romano Prodi »die Effizienz der Aktion der europäischen Institutionen die Hauptquelle ihrer Legitimität« ist (Rede vor dem Europaparlament am 15.02.2000). Warum sollte das, was für die notorisch input-demokratiedefizitäre EU gilt, nicht auch auf nationaler Ebene gelten? Denn wie sonst lassen sich zum Beispiel die Hartz-Kommission und die allzu fixe Umsetzung der dort beschlossenen Maßnahmen rechtfertigen?

Feststellbar ist, dass das, was für Poulantzas Mitte der 1970er Jahre Gegenstand deutlicher Kritik war, und was er als ein Kernelement des autoritären Etatismus identifizierte, nicht aus den aktuellen Politikprozessen verschwunden ist, sondern im Gegenteil derzeit seine ideologische Rechtfertigung erfährt.

Bettina Lösch weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch in rein prozeduralen Konzeptionen deliberativer Demokratie die »nicht-organisierte Öffentlichkeit«, wie die Sphäre der Zivilgesellschaft auch genannt wird [...] zwar in den demokratischen Beratungsprozess eingebunden [wird, ...] jedoch auf eine Zuliefererfunktion zu den etablierten politischen Institutionen beschränkt [bleibt]« (2004: 256). Diese Perspektive der Zulieferfunktion und die Rechtfertigung der autoritär-etatistischen parallelen Machtnetzwerke und Kommissionen findet sich auch in aktuellen staatstheoretischen Konzepten wie dem »kooperativen Staat« oder der »postparlamentarischen Demokratie« wieder (vgl. Benz 1998). Denn durch die Tatsache, so Arthur Benz, dass der Staat mit gesellschaftlichen Akteuren in Kooperationsverhältnissen steht – somit also das Bild vom Leviathan bzw. des hierarchisch steuernden Staates hinfällig geworden sei –, veränderten sich die Bedingungen staatlicher Steuerung (Benz 1998: 90).

Benz stellt zwar fest, dass vielfach bezweifelt wird, ob die Auslagerung von Entscheidungen aus den Parlamenten in Verhandlungssysteme als demokratisch bezeichnet werden kann (ebd. 93). Dies hält ihn aber nicht davon ab, festzuhalten, dass solche Kooperationsprozesse, einmal gegeben, nur dann effektiv sind, wenn die Zahl der Teilnehmer klein ist, und dass, erst wenn die Verhandlungspartner nicht mehr den Darstellungszwängen öffentlicher Beratungen unterliegen, sich die produktive Eigendynamik unmittelbarer Kommunikation entfalten kann (ebd. 95-6). Kurzum: Effektive Verhandlungen

sind notwendigerweise exklusiv und finden in kleinen Zirkeln und am besten hinter verschlossener Tür statt.

Auch wenn derlei Argumente vielfach als demokratisch mangelhaft oder nur unter dem Verdikt des »wenn es faktisch schon so ist – dann müssten konsequenterweise auch diese oder jene Bedingungen für höchstmögliche Effizienz gegeben sein«, geäußert werden, weisen sie doch darauf hin, dass eben das, was Poulantzas als autoritäre Entwicklung für die Krise der 1970er Jahre identifizierte, sich gewissermaßen auf Dauer gestellt hat und heute mit den dazugehörigen theoretischen Weihen versehen wird.

Umso wichtiger ist es, sich solcherlei Entwicklungen und ihren ideologischen Apologeten auch mit theoretischer Kritik entgegenzustellen. Denn Poulantzas' Diktum, dass die Geschichte selbst »uns bis heute kein gelungenes Experiment des demokratischen Wegs zum Sozialismus gegeben hat«, ist zwar weiterhin gültig, gültig ist aber auch seine Aussage, dass der »Sozialismus demokratisch oder gar nicht sein wird« (ST, 294). Das beinhaltet auch, über das begrenzte historische Niveau der kapitalistischen Arbeitsteilung hinauszugehen, so dass die »assoziierten Individuen auch über die Art und die Verteilung der gesellschaftlichen Tätigkeiten und Kooperation entscheiden, also über die Arbeitsteilung selbst«, so Alex Demirović anschaulich (1997: 20). Dies könnte ein lohnenswertes Ziel sein.